

Europäische Solidarität und mitgliedstaatliche Eigenverantwortung

MANFRED WEBER

Sehr geehrter Herr Mussler, sehr geehrter Herr Professor Issing, meine sehr verehrten Damen und Herren,

zunächst ein herzliches Dankeschön für die Einladung, heute bei dieser Diskussion einen Beitrag leisten zu dürfen. Aufgrund der Einladung, die mir zugesandt worden ist, und auch aufgrund der Besetzung heute Vormittag, sehe ich meine Rolle als den Politiker heute, vielleicht den noch jüngeren Politiker, vielleicht auch den Europapolitiker, weil ich als stellvertretender Fraktionsvorsitzender natürlich tagtäglich die Frage zu klären habe: „Wie kriege ich die Fraktion mit 26 Mitgliedern aus 26 Ländern unter einen Hut?“. Warum übrigens nicht 27? Weil die EVP-Fraktion die Briten mittlerweile nicht mehr als Teil ihrer Fraktion hat, und das ist übrigens deutlich vereinfachend in der Arbeit im Alltag.

Das ist die Erfahrung, die ich mache – und als Politiker gehe ich natürlich an den Solidaritätsbegriff, der mir in der Fragestellung für heute Vormittag gegeben ist, zunächst sehr praktisch ran, weil die Bürger natürlich mit dieser Solidaritätsfrage auf uns Politiker zukommen: „Was macht ihr da?“ Und deswegen seien Sie mir nicht böse, wenn ich zunächst ein klares Bekenntnis zu dieser Solidarität ablege, was ich auch im Alltagsgespräch mit den Bürgern so mache, und mir auf der europäischen Ebene dann ganz andere Zusammenhänge dieses Solidaritätsbegriffs in der heutigen Realität des politischen Alltags begegnen. Ein Beispiel hatte Professor Issing bereits angesprochen, nämlich dass heute slowakische Kollegen auf einen zukommen und sagen: „Rentensystem – bei uns in der Slowakei ist der Mindestlohn deutlich geringer als der in Griechenland. Wie soll

ich meinen Bürgern erklären, dass wir jetzt zusammenhalten müssen?“

Ich hatte vor wenigen Tagen die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Viviane Reding, in Passau, in Niederbayern, zu Gast. Sie hat da an der Universität eine Rede gehalten. Sie verweist als Erstes beim Einstieg in dieses Gespräch darauf, dass die Luxemburger pro Kopf deutlich mehr an Solidaritätsleistung bringen als die Deutschen. Und dann sage ich Ihnen, dass die griechischen Kollegen heute zu uns kommen – das ist ja die letzten Tage auch diskutiert worden im Ecofin-Bereich mit Wolfgang Schäuble – und ernsthaft in Bezug auf die in Griechenland aktuelle starke Debatte sagen: „Wie kann es sein, dass aufgrund der Mechanismen, die wir aufgebaut haben, Deutschland derzeit finanziell faktisch profitiert von der Entwicklung?“ Frage: Solidarität? Das sind die Facetten, die einem im Alltag begegnen, wenn man den Begriff hinterfragt und diskutiert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben nach dieser schweren Finanz- und Wirtschaftskrise – vor allem Finanzkrise zunächst bei Lehman Brothers – in der Politik die Entscheidung gefällt, dass wir keine Pleite von systemrelevanten Strukturen mehr verantworten können. Das war die politische Grundentscheidung. Ich akzeptiere alle die Fragen, die kommen, warum dieses *No-Bailout* – dieses Prinzip, das im Vertrag fixiert ist – jetzt vielleicht überdehnt worden ist. Aber ich stelle mir auch die Frage, warum wir diese Rechtsfrage und die politische Frage, die dahintersteht, die der Solidarität in Europa, der Stabilisierung von Krisenstaaten, bis zum Exzess miteinander diskutieren, aber andere Fragen, die aus meiner Sicht von den Finanzsummen und auch von der Bedeutung her ähnlich groß sind, kaum diskutieren. Ich möchte es konkreter machen: Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben heute als Deutsche einen Bankenrettungsschirm für 500 Milliarden Euro aufgespannt – nur wir Deutschen: 500 Milliarden Euro an Rettungsschirm. Unserem Prinzip, wie wir heute Wirtschaft denken, wie wir Wirtschaftspolitik denken, folgend, verweisen wir auf die soziale Marktwirtschaft. Eines der Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft, das man gar nicht rechtlich fassen muss, weil es so fundamental ist, ist, dass jeder, der investiert, der Risiken eingeht, groß gewinnen kann, Erfolg haben kann, aber auch voll im Risiko steht, und damit auch voll in die Haftung gehen muss, wenn er falsch spekuliert, wenn er falsch investiert, wenn er falsch entscheidet. Jetzt frage ich mich: Wo waren denn diese Fundamentalfragen, als wir die 110 Milliarden für

die Hypo Real Estate aufgespannt haben? Wo war denn diese Beteiligung der Privaten, als wir die Commerzbank stabilisiert haben? Wann wurde das diskutiert? Und an die Rechtsexperten im Raum sage ich Ihnen als Politiker auch: Wo war damals die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht, als die einzelnen Banken Bürgschaften über 110 Milliarden, ein Mehrfaches von dem, was wir Deutschen derzeit für die Griechen bürgen, bekamen? Wo war denn damals die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht, dass nicht das Plenum des Deutschen Bundestages über diese Summen entscheidet? Das wurde innerhalb von einer Woche in Berlin durchgewunken. Sie erinnern sich an die Pressekonferenz von Merkel und Steinbrück damals mit der Aussage „Alle Konten sind sicher!“ – und damals wurde das in einer Woche durchgewunken. Wo waren denn die Klagen?

Für mich als deutschen Bürger war das ein massiverer Eingriff in meine finanzielle Souveränität als das, wofür wir derzeit durch Europa bürgen. Das sind auch große Bürgschaften, aber die deutschen Bürgschaften sind deutlich größer. Auch hier könnte ich Ihnen die Fundamentalfrage stellen. Hier wurde Rechtsbruch begangen. Das Prinzip, das wir in Deutschland haben, nämlich dass der, der falsch investiert, auch entsprechend zu zahlen hat, das brechen wir. Das kann man nicht nur an Griechenland festmachen, sondern das kann man auch an den großen Finanzstrukturen dieses Kontinents, den deutschen Banken festmachen. Wenn jemand zu groß ist, zu systemrelevant ist, dann wird er aufgefangen. Ich gebe damit den Anstoß, zu bedenken, dass es am Ende der Tage in der praktischen Politik – das wird Wolfgang Schäuble gestern sicher noch viel besser dargestellt haben – schlicht und einfach um die Frage geht, wie wir Europa, wie wir den Kontinent stabilisieren. Mir war dabei wichtig – und das war auch die Linie der Bundesregierung –, dass wir Hilfe, Solidarität nur konditioniert praktizieren. Ich wäre froh, wenn wir in Deutschland stärker über die Erfolge reden, über die Tatsache, dass Europa in einem Reformprozess ist: Irland – Rente mit 68 beschlossen, Italiens Defizit – nach Deutschland zweitbestes Defizit, Portugal – Außenhandelsdefizit deutlich verbessert und insgesamt Lohnstückkosten, die ja für die Produktivität entscheidend sind, massiv verbessert.

Ich möchte auch ausdrücklich die Aussage von Professor Issing unterstreichen, dass wir bei dieser Solidarität natürlich Grenzen zu berücksichtigen haben, weil sonst die Maßstäbe, die wir aus dem Denken der katholischen Soziallehre heraus ansetzen, überschritten

werden – und das heißt eben ein klares Nein zu den Eurobonds. In keinem föderalen Staat auf dieser Erde haben wir die Eurobonds für die Mitgliedstaaten, so wie das vorher ausformuliert worden ist. Wir haben natürlich nationale Bonds auf föderaler Ebene, auf der staatlichen Ebene, wie in Amerika, aber keinen gemeinsamen Bond-Ansatz auf der föderalen Ebene. Das politische Signal einer solchen Entscheidung wäre verheerend. Nachdem wir bisher zu wenig Möglichkeiten des Eingriffs in die nationale Haushaltspolitik haben, wäre das Signal, wenn ich es ein bisschen populär sagen darf: „Die Party kann weitergehen, Schulden machen ist wieder einfach.“ Deshalb gibt es in der Substanz ein klares Nein aus Deutschland, übrigens nicht nur aus Deutschland.

Trotzdem bleibt die Frage: Warum Solidarität? Und da hatte ich eine Facette beschrieben, die Facette, Europa, den Kontinent ökonomisch zu stabilisieren in dieser Krise, in der wir uns befinden, aber es geht natürlich um mehr. Meine sehr verehrten Damen und Herren, selbst wenn der Euro heute nicht Realität wäre, glaubt dann jemand, dass ein Land wie Griechenland in einer besseren finanziellen und ökonomischen Situation wäre? Wenn ich davon ausgehe, dass auch dann Staaten in Europa Probleme hätten, um es mal vorsichtiger zu formulieren, dann würde ich heute die These wagen, dass auch in einer Situation ohne Euro Deutschland als der Anker, als der finanzielle, wirtschaftliche, ökonomische und auch politische Anker dieses Kontinents sich natürlich überlegen würde: „Wie kann ich einem Land wie Griechenland, einem Land wie Portugal, in einer schweren Krise helfen?“ Auch diejenigen in meiner Partei, selbst diejenigen, die den sofortigen Austritt Griechenlands aus dem Eurogebiet fordern, sagen im zweiten Satz automatisch dazu, natürlich müssten wir dann massive Finanztransfers nach Griechenland leisten, weil wir so ein Land nicht in den Abgrund stoßen könnten.

Und ich gehe sogar noch einen Schritt weiter: Was wär denn ohne diese Solidaritätsmechanismen, ohne diesen Stabilisierungsansatz Europas, nicht nur ökonomisch, sondern politisch auf diesem Kontinent los? Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben zwei Wahlgänge gebraucht, damit wir in Griechenland eine Regierung zustande bekommen haben, die zumindest noch auf Vernunft basiert. Nicht einmal mehr parteipolitisch zugeordnet, links, rechts, weil sich das sowieso schon aufgelöst hat, sondern auf Vernunft basiert, weil im ersten Wahlgang radikale Parteien die Mehrheit hatten. Wir hatten im französischen Wahlkampf, als François Hollande gewählt worden

ist, in der ersten Runde des französischen Wahlkampfs ein Drittel der französischen Wähler, die eine rechts- oder linksradikale Partei gewählt haben! Ein Drittel der Franzosen hat Jean-Marie Le Pen oder die Linksradikalen gewählt! Jean-Marie Le Pen mit der klaren Wahlkampfaussage: „Ich will Schengen abwickeln! Ich will die Grenzen wieder einführen! Ich will den Euro abwickeln!“ Ein Drittel der Franzosen! Wir können als Deutsche froh sein, dass wir diese Aggressivität in der politischen Arena nicht spüren, wie wir sie mit Geert Wilders in den Niederlanden, mit Heinz-Christian Strache in Österreich haben und mit vielen anderen auf diesem Kontinent. Und deswegen: Was wäre denn politisch los, wenn wir diese Solidarität nicht praktizieren würden?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch zwei Gedanken sagen zum Solidaritätsbegriff: Ich glaube, dass wir langfristig mit den heutigen Regelungen des Vertrags keine ehrliche Antwort auf die sich jetzt schon anbahnende Entwicklung haben. Sie haben vielleicht gesehen, dass gestern die Statistiken bekannt geworden sind, wie viele junge Spanier, junge Portugiesen und junge Griechen sich jetzt auf den Weg nach Deutschland machen. Wir haben ein Prinzip in Europa, ein Grundprinzip, die Freizügigkeit, auf das wir sehr stolz sind. Dass wir uns auf diesem Kontinent frei bewegen dürfen, Niederlassungsfreiheit haben, unseren Arbeitsplatz suchen dürfen. Wenn wir die Entwicklung in den nächsten Jahren verstärkt haben, aufgrund des ökonomischen Drucks, dass sich vor allem die Qualifizierten aus den Südreigionen hier nach München begeben, zu Siemens begeben, beim BMW-Forschungs- und Innovationszentrum draußen anheuern, und hier arbeiten, hier Wertschöpfung erzielen, die übrigens wir aufgrund der demografischen Entwicklung nur noch schwer erbringen können, dann wird sich die Frage der Solidarität auf diesem Kontinent in einer ganz anderen Dimension stellen, mittel- und langfristig. Und da können diejenigen Wirtschaftsräume, die von dieser Freizügigkeit heute massiv profitieren, vor allem bei den Qualifizierten, bei den mehrsprachig ausgebildeten, intellektuellen Köpfen dieses Kontinents, die sich natürlich die besten Verdienstmöglichkeiten auf diesem Kontinent suchen, dann werden jene nicht auf Dauer sagen können: „Dann sollen halt diejenigen, die in Griechenland oder in Portugal übrigbleiben schauen, wo sie bleiben.“ Das wird auf Dauer politisch nicht möglich sein. Und ein letzter Gedanke zur Solidaritätsfrage: Ich würde mir übrigens als Europapolitiker wünschen, dass wir die gleichen Debatten, die wir jetzt zwischen den

Mitgliedsstaaten der Europäischen Union führen, auch innerhalb der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union führen. Weil wir europaweit ein Phänomen haben, das sich damit beschäftigt, dass heute die politischen Kräfte aus Norditalien sich intensiv mit der Frage beschäftigen, ob denn die inneritalienische Solidarität auf Dauer aufrechterhalten werden kann. Weil wir eine intensive Debatte in Belgien haben über die Staatlichkeit der dortigen Strukturen, weil die Reichen den Armen keine Zuschüsse mehr gönnen. Wir haben eine intensive Debatte in Spanien, wenn Sie das vergegenwärtigen, über die Fragestellung der Unabhängigkeit bestimmter Regionen, genau wegen dieser Solidaritätsfrage, weil wir diesen *Moral Hazard* natürlich heute im nationalen Bereich nahezu perfekt haben. Ich darf als bayerischer Politiker sagen: Eine der zentralen Debatten bei der Studiengebührendiskussion, die wir in Bayern haben, ist: Es kann doch nicht sein, dass wir Bayern unseren Bürgern jetzt mehr zumuten bei den Studiengebühren als die Berliner und die Bremer, die das alle kostenfrei machen, und wir als Bayern bezahlen das über den Länderfinanzausgleich. Das heißt, diese *Moral Hazard*-Argumentation, die wir gemeinsam kritisieren, haben wir innerstaatlich in Europa, nicht nur in Deutschland, nahezu in Perfektion, mit den Verteilsystemen, die wir dort aufgebaut haben. Und deswegen glaube ich, dass wir nicht nur zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union diese Frage diskutieren müssen, sondern zum Beispiel auch innerstaatlich in Deutschland, wie wir diesem Mechanismus ausweichen. Das ist der erste Punkt der Solidarität.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, kommen wir nun zum zweiten Punkt, nämlich zur Eigenverantwortung der nationalen Ebene. Unsere Zeit ist geprägt von gewaltigen Umbrüchen. Ich persönlich glaube übrigens auch, dass das der eigentliche Grund ist, warum die Menschen relativ unsicher in die Zukunft schauen. Objektiv betrachtet sind die Situationen ja in Deutschland vergleichsweise gut. Und wenn man sich diese Zeit der Umbrüche mal vergegenwärtigt, dann haben wir ein paar Schlagworte: Da haben wir die demografische Entwicklung mit gewaltigsten Auswirkungen, wir haben die Globalisierung mit gewaltigsten Auswirkungen für uns als Wirtschaftsstandort, wir haben die Frage des Klimawandels zu beantworten, wo dahintersteckt: Änderungen in der Energieversorgung – ein Jahrhundertprojekt, diese zu verändern. Die Liste lässt sich relativ lang fortsetzen, was sich alles tut in der Gesellschaft, was sich alles verändert. Und wenn ich das mal mit früheren Generationen vergleiche

che, dann hatten wir in diesen Zeiträumen immer eine oder zwei große Entwicklungen: Industrialisierung und so weiter. Heute leben wir in einer Zeit, wo nicht nur eine Entwicklung die Gesellschaft umkrempt, sondern wo eine Fülle von parallel laufenden Entwicklungen die Gesellschaft massiv durchrüttelt und umpflügt. Und das führt zu Gewinnern und Verlierern. In jedem dieser Segmente gibt es Gewinner und Verlierer dieser Entwicklung, und das verändert eine Gesellschaft. Und in so einer Zeit, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist die zentrale Frage: Sind diese Gesellschaften anpassungsfähig? Sind sie reformfähig? Wir Deutsche haben das die letzten zehn Jahre – schmerzvoll, aber wir haben es – bewiesen. Mit den verschiedenen Reformansätzen, die wir durchgeführt haben auf Arbeitsmärkten und in anderen Bereichen, haben wir versucht uns anzupassen an diese globalen, an diese großen Umwälzungen. Und wir haben festgestellt, dass unsere Nachbarn dazu nicht in der Lage waren. Und auch ohne Euro würde ich die These wagen, dass es uns nicht egal sein kann, meine sehr verehrten Damen und Herren, ob die anderen Staaten um uns herum anpassungsfähig sind, ob sie den Weg in die Zukunft mitgehen oder ob sie sozusagen verlieren. Und deswegen ist die Grundsatzfrage: Wie können wir auf diesem Kontinent die Reformfähigkeit hochhalten? Welche Mechanismen wenden wir an, um diese Reformfähigkeit zu ermöglichen, vielleicht auch zu erzwingen? Das ist eine der großen Schlüsselfragen für den Wohlstand auf diesem Kontinent, für die Frage, ob wir überhaupt in der Welt von morgen mitspielen werden oder nicht.

Und dann bin ich bei der Frage der Kompetenzen. Zum Beispiel kann ich heute ja auch in Niederbayern dem Bürger erklären, dass es eben nicht irrelevant ist, ob François Hollande Rente mit 60 macht, dass es eben nicht irrelevant ist, ob er die 35-Stunden-Woche weiter durchführt, dass es eben nicht irrelevant ist, ob wir beim Steuerrecht zwischen den Erbschaftssteuern in Belgien – da steht im Steuergesetzbuch drin, dass die Erbschaftsteuer zwischen dem Staat und dem Steuerzahler auszuhandeln ist – und in Deutschland Unterschiede haben. Wer in Belgien viel investiert, kriegt einen entsprechenden Steuernachlass. Das führt auch dazu, dass mittlerweile viele griechische Bürger von den wohlhabenderen Etagen in Belgien ihren Erstwohnsitz bezogen haben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, brauchen wir da Harmonisierung? Brauchen wir da einen gemeinsamen Ansatz? Brauchen wir da mehr Europa, mehr Zusammenarbeit? Und wenn wir zum Ergebnis kommen, dass im Währungsraum, ins-

besondere im Währungsraum, noch nicht einmal in der gesamten EU, aber im Währungsraum des Euros, dieser vertiefte Ansatz notwendig ist, dass wir mehr Kohärenz brauchen in der Wirtschafts-, Steuer- und Arbeitsmarktpolitik, was ist die Folge? Meine sehr verehrten Damen und Herren, dann hatten wir bisher den Ansatz, dass wir, wenn die Erkenntnis da war „Wir haben Handlungsbedarf, Regelungsbedarf“, dass man dann vergemeinschaftet hat. Wir haben einen neuen Vertrag gemacht, beim letzten Mal wurde zum Beispiel die gesamte Innen- und Justizpolitik in wesentlichen Bereichen, vor allem die Innenpolitik, vergemeinschaftet, also Auflösung der dritten Säule und so weiter. Wir haben erkannt, dass wir Handlungsbedarf haben, und dann geben wir es einfach nach Europa zur Mehrheitsentscheidung ab. Ich glaube, dass dieser Weg bei den jetzt offenen Fragen, nämlich Finanzpolitik, Steuerpolitik, Arbeitsmarkt, dass es bei diesen Kernpunkten von Nationalstaatlichkeit – wie uns das ja auch Karlsruhe mit auf den Weg gibt –, dass bei diesen Themenfeldern eine Vollvergemeinschaftung, eine Harmonisierung auf europäischer Ebene schlicht nicht denkbar ist. Ich kann heute nicht das Steuerrecht, das Rentensystem im Europäischen Parlament per Mehrheit entscheiden. Wenn das nicht möglich ist, dann schaue ich mir an, wie wir bisher versucht haben, Kohärenz zu erzeugen: Mit den Lissabon-Zielen, meine sehr verehrten Damen und Herren, mit Europa 2020, war der bisherige Mechanismus, dass die Staats- und Regierungschefs sich bei den Europäischen Räten treffen, sich gegenseitig die Händchen halten und dann sagen: „Wir versprechen uns, dass wir jetzt alle heimfahren und ganz viele Reformen anpacken.“ Wohin das geführt hat, ist auch offensichtlich: Das hat dazu geführt, dass wir in den wesentlichen Staaten Reformstillstand haben. Dass die Versprechungen nicht eingelöst worden sind.

Und wo dieses Problem heute ansteht, und das ist das, was unsere Kanzlerin jetzt auf den Tisch legt, ist die Frage: „Müssen wir nicht bei der Koordinierung dieser Wirtschaftspolitikfrage neue Strukturen entwickeln, neue Wege finden?“ Und zwar solche, auf denen wir nicht die Nationalstaatlichkeit an der Klinke abgeben und dafür Sorge tragen, dass nationale Parlamente noch etwas zu sagen haben, aber andererseits da auch mehr Verbindlichkeit reinkriegen. Wichtig ist auch die Überlegung, das europäische Semester zukünftig verbindlich auszugestalten durch eine To-Do-Liste, die zeigt, was denn eigentlich national abgearbeitet werden müsste, damit man reformfähig ist, die von der Kommission vorgeschlagen wird und dann durch die

Staats- und Regierungschefs zunächst im heimischen Parlament abgesehen wird. Also im Deutschen Bundestag wird durch einen Grundsatzbeschluss entschieden, wozu wir uns verpflichten, was wir als Deutsche im nächsten Jahr abarbeiten und dann natürlich auch sanktionierbar machen, weil das ja die große Lektion der Eurovorgaben war, dass sie nicht durchsetzbar waren am Ende der Tage. Ich brauche auch den Schiedsrichter, der die Pfeife und die rote Karte in die Hand nehmen kann. Wenn wir nach diesem Ansatz vorgehen, dann glaube ich, ist es ein kreativer, ein neuer Vorschlag. Hand in Hand zwischen nationaler Ebene und der supranationalen Ebene miteinander verbindlicher zu Ergebnissen zu kommen am Ende der Tage. Und das, was darüber hinaus noch überlegt wird, wovon ich auch ein Verfechter bin, ist die Überlegung, in so einem Maßnahmenkatalog nicht nur die drohende Hand Europas auszubreiten und zu drohen „Wenn du nicht lieferst, lieber Nationalstaat, dann wird dir Folgendes gestrichen...“, was die Europäische Kommission nach den „Sixpack“-Beschlüssen übrigens heute mit den EU-Geldern schon kann. Ungarn wurden bereits einmal die Landwirtschaftsgelder und die Regionalfördergelder geblockt, weil die Zielvorgaben nicht umgesetzt worden sind. Übrigens wäre es schon ein spannendes Experiment, was denn in Frankreich los wäre – wir reden ja in Frankreich etwas sorgenvoll von der wirtschaftlichen Entwicklung –, wenn die EU-Kommission die Kraft hätte, die gesamten Agrargelder in Frankreich zu stoppen.

Also die EU-Kommission ist bei weitem nicht mehr so ohnmächtig, wie wir sie leider Gottes in den letzten zehn Jahren hatten. Aber auch hier ist natürlich die Frage, ob sie die Kraft hat, das durchzusetzen, auch die politische Kraft? Also steht die Frage im Raum, dass wir dann dieses Semester auch sanktionierbar machen. Aber nicht nur die drohende Hand darf im Mittelpunkt stehen, sondern, meine sehr verehrten Damen und Herren, Europa, wenn es bei den Menschen akzeptiert werden soll, muss auch die helfende Hand sein. Deswegen darf man in einem Euro-Budget, in dem man klar konditioniert, dass die Spanier ein neues Bildungssystem für die berufliche Ausbildung aufbauen müssen nicht nur die Vorgabe machen „Bitte, das ist zu erledigen.“, mit Termin und Sanktion, sondern man muss auch die Hand ausstrecken im Sinne von „Wir sind dann auch bereit als Europäer euch finanziell zu helfen, gerade in Zeiten, wo massiv gekürzt wird.“ Das ist die Frage, ein neuer Ansatz mit Themenfeldern, wo

wir erkennen, dass mehr Kooperation notwendig ist. Es ist nicht notwendig, voll zu harmonisieren in Europa, sondern neue Mittelwege zu finden zwischen einem unverbindlichen „Wir versprechen uns gegenseitig, dass wir reformfähig sind“ und andererseits eben der Vollharmonisierung. Ich finde diesen Ansatz hochspannend, und ich unterstütze ihn auch, weil er auch in der Umsetzung realistisch ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben sich heute auch einen Europapolitiker eingeladen, weil, es ist zumindest meine Hoffnung, ich mich mit der Demokratiefrage zu beschäftigen habe, bei einem Parlamentarier ist das naheliegend. Zurzeit, heute, wird Europa von den Bürgern und auch von vielen Eliten in unserem Land als diese „Blackbox“ wahrgenommen: Brüssel, dieser Apparat, wo am Ende der Tage irgendetwas rauskommt, dass man dann zu vollziehen, umzusetzen hat und wo vor allem die Bürger nicht das Gefühl haben, Teil des Prozesses zu sein, mitgestalten zu können, entscheiden zu können, in welche Richtung denn dieser Kontinent geht, wenn er denn in Themenfeldern auch die volle Kompetenz übertragen bekommen hat. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich rufe diesen Punkt sozusagen jetzt bei mir auf, natürlich vor dem Hintergrund, dass Karlsruhe, das Bundesverfassungsgericht, uns als europäischem Parlament die volle demokratische Legitimität abgesprochen hat, aus verschiedenen Gründen heraus. Der Vertrag sieht vor, dass wir nicht Vertreter direkt des Volkes sind im Sinne von „one man – one vote“, also jede Stimme ist gleich, sondern Vertreter Deutschlands sind. Wir sind deutsche Abgeordnete, die „nach Europa fahren“, weil die Verträge dieses Bauprinzip derzeit so vorsehen. Ich selbst bin Physik-Ingenieur von der Qualifikation, insofern haben Sie bitte Nachsicht mit mir, wenn ich das vielleicht nicht immer ganz durchdringe, was ein Karlsruher Urteil aussagt, aber ich konnte beim Urteil zum Lissabon-Vertrag aus verschiedenen Gründen intellektuell nicht ganz nachvollziehen, warum von Karlsruhe gesagt wurde, diese wenig oder diese nicht vorhandene volle demokratische Legitimität sei in Ordnung, weil Europa heute kein Staat sei, und die übertragenen Kompetenzen würden sozusagen noch nicht so tief reingehen, dass man da volle demokratische Legitimität brauchen würde und die Rückbindung auf den Bundestag ist dann die Aufgabe, sozusagen die Vorgabe von Karlsruhe gewesen. Das konnte ich insofern nie verstehen, weil, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir derzeit als stellvertretende Fraktionsvorsitzende die Datenschutzverordnung in der Europäischen Union verhandeln. Das ist Vollharmonisierung des

Datenschutzrechtes in Europa. Da kann mir doch an diesem konkreten Beispiel niemand sagen, dass das nicht Relevanz für die Bürger hätte bei der Grundrechte-Fragestellung und deswegen interessiert doch den Bürger nicht, wie viele Kompetenzen insgesamt schon übertragen worden sind, um die Frage der demokratischen Legitimität zu stellen, sondern der Bürger erwartet, dass jedes Gesetz, das ihn betrifft, das Datenschutzrecht, demokratisch legitim/legitimiert zustande gekommen ist. Es ist doch keine Summenfrage, sondern jedes Recht muss doch demokratisch zustande kommen nach unserem Prinzip. Deswegen konnte ich das, wie gesagt, intellektuell nie ganz durchdringen und ehrlich gesagt, kann ich es als Parlamentarier auch nicht mehr hören, diesen Vorwurf der fehlenden demokratischen Legitimität. Diese Woche fand im Europäischen Parlament die Anhörung des designierten neuen Gesundheitskommissars auf europäischer Ebene statt, Tony Borg aus Malta, weil Dalli zurückgetreten ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren, der hatte schweißnasse Hände. Sitzt vor den fünfzig, sechzig Abgeordneten des Europäischen Parlamentes, die fachlich zuständig sind für seinen Fachbereich und grillen den nach allen Regeln der Kunst, teilweise Sachen, die mir gefallen, teilweise Sachen, die mir als Politiker nicht gefallen. Und ich sage mal als CSU-Verantwortlicher, ich bin Mitglied des CSU-Präsidiums, wenn in Berlin ein Minister gesucht wird, dann ruft der Horst Seehofer den Manfred Weber an und auch weitere im Präsidium und sagt „Die Ilse Aigner möchte Landwirtschaft machen, der Peter Ramsauer Verkehr, wie machen wir das?“ und dann sage ich „Okay, wenn ihr euch einig seid, dann habe ich als Bezirksvorsitzender nichts dagegen. Am Tag nachher lese ich es in der Zeitung. Am Tag darauf kriegt er die Ernennungsurkunde vom Bundespräsidenten. So wird man in Deutschland Exekutivverantwortlicher. Wo ist hier die demokratische Reifeprüfung der Exekutive? Jenseits natürlich der wichtigen Frage der Wahl der Kanzlerin. Wobei ich Ihnen da auch sage, auch da durfte ich einen mit schweißnassen Händen ausgestatteten José Manuel Barroso erleben bei der letzten Europawahl. Als ich wieder gewählt worden bin und der dann sogar zu uns, zu den acht CSU-Abgeordneten gekommen ist und gefragt hat, was er denn in sein Wahlprogramm, in sein Koalitionsprogramm für seine Präsidentschaft für die nächsten fünf Jahre, reinschreiben muss, damit er die acht Stimmen von uns bekommt. Das war Wahlkampf, intern im Parlament. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich erlebe im Europäischen Parlament, wenn eine

Viviane Reding einen Datenschutz-Vorschlag macht, dass die genauso zum Europäischen Parlament zu kommen hat und bei mir, bei Manfred Weber und bei vielen der Abgeordneten auch einfach das Thema erklären muss und die Inhalte erklären muss und dafür werben muss, warum sie diesen Gesetzgebungsvorschlag macht. Im Deutschen Bundestag erlebe ich durch die Bank, dass viele Kollegen bei Entscheidungen mit der Faust in der Tasche das absegnen, was ihnen die Koalitionsausschussberatungen an Ergebnissen präsentiert haben. Im Europäischen Parlament habe ich null Möglichkeit, einen spanischen Kollegen meiner Fraktion zum Handeln zu zwingen. Null! Ich kann ihn nur überzeugen und am Ende der Tage natürlich für Mehrheiten kämpfen, damit wir entsprechend beschlussfähig sind. Und dann wird uns von Karlsruhe gesagt, man müsse unbedingt dieses Regierungs- und Oppositionsprinzip übernehmen, das wir in Deutschland haben. Ist dann die Schweiz ein undemokratisches Land?! Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich könnte die Liste sehr, sehr lang fortsetzen. Der Grundsatzvorwurf gegenüber dem Europäischen Parlament „*One man – one vote*“ sei nicht gewahrt, weil ich als deutscher Abgeordnete mehr Bürger vertrete als der maltesische, ist ein substanzielles Problem, gar keine Frage! Aber warum Karlsruhe im gesamten Lissabon-Urteil das Prinzip der doppelten Mehrheit im Ministerrat nicht abgewogen hat – das taucht gar nicht auf im Urteil –, verwundert mich schon. Wenn Gesetzgebung heute in Europa stattfindet, müssen zwei Gremien zustimmen: Das Europäische Parlament mit Mehrheit und der Ministerrat. Der Ministerrat mit der doppelten Mehrheit, die jetzt in Lissabon verankert ist. Die besagt, dass ein Beschluss im europäischen Ministerrat nur zustande kommt, wenn 60 Prozent der Bürger vertreten sind. Wir haben in einem der beiden Gremien volle Proportionalität bei der Abstimmung über Gesetze. Volle Proportionalität, nicht nur indirekte, sondern volle Proportionalität! Das wird im Karlsruher Urteil gar nicht abgewogen. Ich sage Ihnen – und das ist schon ein bisschen provozierend – ich sage, dass Karlsruhe, wenn es Demokratie heute in Europa prüft und checkt, natürlich als Grundlage unsere Verfassung nehmen muss, gar keine Frage. Aber ich sage auch sehr bewusst dazu, dass Europa ein Recht hat, seine eigene demokratische Ausgestaltung auszuformen aufgrund der europäischen Geschichte, wo ich heute Malta nicht sagen kann, dass es im Europäischen Parlament nicht vertreten ist, das geht einfach nicht in Europa. Punkt! Dann hat Europa das Recht, seine Art von Demokratie, von demokratischer Ausgestaltung auszu-

formen und am deutschen demokratischen Wesen muss Europa nicht genesen. Das darf ich schon sehr deutlich sagen. Ich sage aber trotzdem auch dazu, dass wir natürlich nicht fertig sind, weil wir die Defizite ja gemeinsam erkennen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn es um die Weiterentwicklung dieser europäischen Ebene geht, dann wünsche ich mir, dass wir, als Institution auf europäischer Ebene, transparenter arbeiten. Die heutigen Verfahren der *first-reading-agreements* sind nicht transparent, sie müssen verändert werden. Das ist eine Frage, die wir institutionell klären können. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt die Überlegungen, die im Lissabon-Vertrag verankert sind, direkte Demokratie auf europäischer Ebene zu ermöglichen, mit Bürgerbegehren. Und ich hoffe, dass dieses neue Tool genutzt wird. Dass wir es lebendig gestalten. Übrigens ist jetzt die deutsche Bundesebene, die nationalstaatliche Ebene, die einzige, aus bayrischer Sicht darf ich das jetzt sagen, die keine Elemente von direkter Demokratie hat. Alle anderen bei uns in Bayern, die Kommunen, das Land und Europa kennen diese Möglichkeiten jetzt. Nur Deutschland kennt es nicht. Und meine sehr verehrten Damen und Herren, ich hoffe auch, dass wir bei der Weiterentwicklung Europas, wenn es um Vertragsdiskussionen geht, natürlich jetzt an der demokratischen Legitimität weiterbauen, gar keine Frage. Ich finde den Vorschlag von Wolfgang Schäuble richtig, die Direktwahl des Kommissionspräsidenten in Angriff zu nehmen. Das würde natürlich die Menschen mitnehmen. Wer die Exekutive führt, wenn das direkt entschieden werden würde, hätten wir eine Debatte über den Kurs in Europa. Und ich wünsche mir auch, dass, wenn wir die Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion, von der ich vorher sprach, in den Mittelpunkt nehmen, das Europäische Semester für verbindlich erklären, dass dann natürlich auch diese To-Do-Liste für Europa, dieser Aufgabenkatalog, was wird abgearbeitet, wie bleibt Europa reformfähig, dass das natürlich auch im europäischen Parlament mitentschieden werden muss. Dass dort auch eine Mehrheit der Abgeordneten „Ja“ sagen muss.

Heute, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird der Mindestlohn in Griechenland, und die Rente in Griechenland, festgelegt von zwei Beamten der EZB, zwei Beamten der Europäischen Kommission und zwei Beamten vom IWF, der Troika. Und ein paar Mitarbeitern, die so drum rum sind, klar. Die Detailsentscheidungen, was hat das griechische Parlament umzusetzen, wird nirgends demokra-

tisch legitimiert. Das kann ich als Demokrat, als Mandatsträger, im Krisenmodus, wenn die Feuerwehr löschen muss, noch ein Stück weit akzeptieren. Das ist das IWF-Modell. Da kann man das noch ein Stück weit akzeptieren. Im Dauermodus, wenn Europa Vorgaben macht, wie denn Reformfähigkeit praktiziert wird, welche Reformen angedacht werden, kann diese Methode, dass Beamte darüber entscheiden, nicht bestehen. Und vielleicht ist da ein Dissens zum Herrn Issing, wenn er drauf verweist, dass wir endlich neutrale Bewertungsstrukturen brauchen. Ich sage, wenn sich bei Europawahlen die Mehrheit der europäischen Bürger für den sozialdemokratischen Kurs ausspricht, nämlich gemeinsam in die Schuldenhaftung zu gehen, die Eurobonds einführen zu wollen auf europäischer Ebene, wenn Europa sich dazu entscheidet, die Austeritätspolitik zu beenden, weil die Wähler das so entscheiden bei den Wahlen zum europäischen Parlament, dann muss das Rückwirkungen haben. Wenn die Bürger aber der EVP die Mehrheit geben – Nicolas Sarkozy war ein wichtiger Partner, Donald Tusk ist für Angela Merkel ein wichtiger Partner –, das ist die europäische Volkspartei, wenn diese politische Gruppierung die Mehrheit bei Europawahlen bekommt, die wir bei der letzten Wahl als größte Fraktion bekommen haben, dann wird eben dieser Reformkurs im Sinne von Austeritätspolitik und Reformpolitik weiter durchgeführt. Und deswegen muss doch so eine Wahl Auswirkungen haben. Ich kann doch das nicht delegieren. Wenn die Menschen das Gefühl haben, es werden nur noch Vorgaben von Beamten gemacht, von Exekutivverantwortlichen gemacht, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann geben wir die Demokratie wirklich auf.

Und meinen letzten Gedanken darf ich noch einbringen, der mich dann am meisten umtreibt: All das, was ich Ihnen jetzt vorgetragen habe und was wir leider Gottes in den Parteigremien, in Fachgremien miteinander diskutieren, ist, ehrlich gesagt, Technik. Es ist viel Theorie, viel Technik, und ich glaube, dass das ein Stück weit von den Bürgern wahrgenommen wird als typisch für Europa. Dass man sich über diese Strukturen da unterhält und versucht, das auch ein Stück weit zu durchdringen. Die meisten Bürger steigen ehrlich gesagt schon beim Unterschied zwischen ESFS und ESM aus, ja, wenn es um diese Fragen geht. Und deswegen steht für mich eigentlich heute ein viel größeres Thema auf der Tagesordnung. Wenn wir heute den Begriff der politischen Union diskutieren, der gestern Abend die Überschrift bei der Diskussion mit Wolfgang Schäuble war, wenn

wir das heute diskutieren, dann geht es um eine andere Frage, nämlich um die Fragestellung, ob wir alle uns gemeinsam, so wie wir hier in dem Raum beisammen sind, wie ich letzte Woche mit Viviane Reding bei 700 Studenten im Audimax in Passau war, uns neben unserer regionalen Identität, neben unserer deutschen Identität als Europäer fühlen. Sind wir Europäer? Fühlen wir uns zusammengehörig auf diesem Kontinent? Fühlen wir dieses Beschriebene, diese beschriebene oft diskutierte Frage von der Schicksalsgemeinschaft auf diesem Kontinent? Fühlen wir das heute? Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt die Frage, wie die Krise jetzt wirkt, wie die Krise auf die Bürger wirkt. Ich bin, wahrscheinlich aufgrund meiner Jobbeschreibung, fundamentaler Optimist, deswegen sage ich Ihnen: Ich glaube, dass die Bürger jetzt verstehen – auch die, die sich nicht tagtäglich mit diesen Fachthemen beschäftigen – und jetzt langsam das Bewusstsein reift, was ich vorher schon kurz angedeutet habe, dass die Entscheidungen in Frankreich nicht Außenpolitik sind, dass die Entscheidungen in Griechenland nicht Außenpolitik sind, sondern dass sie mich als Bayern, als Deutschen betreffen. Es reift heute das Bewusstsein von europäischer Öffentlichkeit, von europäischer Bewusstseinslage, von europäischer Schicksalsgemeinschaft. Wir haben es heute, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir über Europa reden, mit einem ganz massiven Versagen von Eliten in unserem Lande zu tun. Wenn ich mir heute anschau, wo heute schon Europa zu entscheiden hat, was heute schon auf der europäischen Agenda ansteht, dann stelle ich mir die Frage, warum heute die Medien so eine Frage wie Datenschutz kaum diskutieren. Warum die europäische Datenschutzgesetzgebung kein öffentliches Thema in diesem Land ist. Wo sind die Journalisten, die das runterbrechen können? Ich wundere mich, warum in einem Parteivorstand der Christlich Sozialen Union, Eliten in der Politik, warum in solchen Gremien, das gilt für die Sozialdemokratie genau so, warum dort die aktuelle Schlagzeile der Süddeutschen Zeitung, und, Herr Musseler, natürlich auch der FAZ, das ist klar, warum die aktuelle Schlagzeile sozusagen das Thema bestimmt und die eigentlichen Grundlagenscheidungen, die derzeit in Brüssel anstehen, zu wenig interessieren. Am Schluss noch kurz einige Worte zu zwei Fragen, die wir für Brüssel noch zu klären haben. Ich frage mich, meine sehr verehrten Damen und Herren, warum auch bei Verbänden, wenn in Verbands-sitzungen von der IG-Metall, vom Verband Bayerischer Wirtschaft,

die sicher da zu den löblicheren Ausnahmen gehört, diskutiert wird, die aktuelle Innenpolitik natürlich viel wichtiger ist als das, was man in Europa diskutiert. Ich glaube, dass es weniger mit den heutigen Strukturen zu tun hat, dass man das durchblicken könnte, dass das irgendwie schwierig wäre. Ich glaube, dass wir es schon mit einem stückweisen Versagen von Eliten zu tun haben, sich auf die neue Welt, auf den Alltag auf dieser europäischen Ebene, einzulassen. Und ich darf vielleicht nochmal bildlich sagen: Wenn ich heute Debatten über Griechenland in Deutschland wahrnehme, da wäre es halt mal gut, wenn wir nicht nur über Griechenland reden, sondern vielleicht mal in Talk-Sendungen mit Griechenland reden würden. Das ist die Bewusstseinsveränderung, die wir brauchen. Die Wahrnehmung, dass wir solche Debatten, wie sie hier über die Ausgestaltung Europas führen, nicht nur als Deutsche führen können, sondern dass wir sie mit Kollegen als europäische Debatte ein Stück weit ermöglichen und erzwingen müssen. Ich glaube, dass die Krise zeigt, dass die Nationalstaaten ein Stück weit ihre Handlungsmöglichkeiten aufgebraucht haben und die Durchsetzung von Bürgerinteressen heute auf nationaler Ebene an ihre Grenzen kommt. Und für mich geht es in dieser Frage, die wir jetzt zu beantworten haben, in diesen nächsten Jahren der Weiterentwicklung Europas um den Selbstbehauptungswillen der Europäer auf diesem Globus.

Und ich möchte zum Schluss zwei zentrale Gedanken einbringen, wie ich mir die Weiterentwicklung vorstelle. Das erste, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist, dass wir über die Kompetenzfrage neu reden müssen. Ich habe das beim Semester bereits angesprochen in der Wirtschafts- und Währungspolitik. Aber ich nenne Ihnen nur noch schlagwortartig: Außen- und Sicherheitspolitik. Bezüglich des Libyen-Einsatzes hat Catherine Ashton uns berichtet, dass 99 % der durchgeführten militärischen Flüge von den Vereinigten Staaten von Amerika durchgeführt worden sind. Obwohl Großbritannien, obwohl Frankreich natürlich mit beteiligt waren. Aber das waren politische Show-Effekte, damit man nicht alleine steht. Die militärischen Möglichkeiten, heute wirklich aktiv handeln zu können, mit Aufklärern und Satelliten-Technik, alles, was heute mit Drohnen notwendig ist, haben nur noch die Vereinigten Staaten von Amerika. Und wir sind bei allen diesen Fragen, die vor unserer Haustür liegen, auf die Partner angewiesen. Obwohl Europa heute zwei Millionen Soldaten unter Waffen hat und viel Geld für Militär ausgibt und die Amerikaner nur 1,3 Millionen Soldaten haben. Wir brauchen einen gemeinsamen An-

satz und da glaube ich, dass wir über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik reden müssen.

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, als zweiten zentralen Punkt, den ich mir bei der Weiterentwicklung wünschen würde, der vielleicht der zentralste ist, oder der fundamentalste ist, möchte ich Folgendes anmerken: Die Kanzlerin war letzte Woche bei uns im Parlament und hat davon gesprochen, dass für sie wichtig sei, dass wir die Europäische Kommission auf absehbare Zeit endlich als europäische Regierung begreifen. Wir haben nämlich kein Problem auf europäischer Ebene mit der Fragestellung, Gesetze zu machen. Bei den übertragenen Gesetzesbereichen Bankenunion gelingt uns das auch. Wir schaffen das mit der Bankenaufsicht, wir werden das hinkriegen mit der Frage, dass auch Banken Pleite gehen können. Wir werden das alles irgendwie regeln. Wir werden auch versuchen die Rating-Agenturen irgendwie mit hinzukriegen. Mit dem Mitentscheidungsverfahren, mit der Möglichkeit abzustimmen haben wir auf europäischer Ebene legislativ genug Möglichkeiten. Wo wir heute das Hauptdefizit auf europäischer Ebene haben, ist die Frage, ob das, was da in Brüssel beschlossen worden ist, ob wir das auch durchsetzen auf diesem Kontinent. Meine sehr verehrten Damen und Herren, da ist die Euro-Frage natürlich das, was jedem gleich einfällt dazu. Wo Wolfgang Schäuble sagt, wir brauchen den Währungskommissar. Ich sage: Lasst es uns doch so nennen, dass die Menschen das verstehen, was er dann zukünftig ist, nämlich ein Finanzminister für Europa. Damit die Menschen das nachvollziehen können. Ich sage Ihnen, wir brauchen eine Innenministerin, die in der Lage ist, an der griechisch-türkischen Grenze, wo wir zur Zeit das größte Problem an illegaler Zuwanderung in Europa haben, Frontex-Kommandos dorthin zu schicken, die das Kommando übernehmen, wenn ein Staat nicht in der Lage ist, diese griechisch-türkische Grenze, unsere Schengen-Außengrenze, zu sichern. Kann sie heute nicht. Sie hat exekutiv keine Möglichkeiten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich wünsche mir eine EU-Kommission, die im Prinzip die Rechte hat, dann auch zu sagen; „Kann denn das sein?“, zum Beispiel bei einem Thema wie der Vorratsdatenspeicherung – hochumstritten, keine Frage. Aber Entschuldigung, demokratisch zustande gekommen! Und durch das Bundesverfassungsgericht wurden, primärrechtlich sozusagen, die eigentlichen Entscheidungen Europas bisher nicht in Frage gestellt, sondern nur die deutsche Umsetzung. Da stelle ich mir die Frage, wie kann denn das sein, dass dann die Deutschen sa-

gen, das interessiert uns alles nicht. Daran scheitert Europa, da brauch ich nicht nur nach Griechenland zu schauen. Da muss ich auch nach Deutschland schauen. Daran scheitert Europa. Wenn das, was vereinbart worden ist, durch keine Exekutive durchgesetzt werden kann. Und deswegen ist das die zentrale Frage. Auch für die Wahrnehmung durch die Menschen. Schaffen wir das, die Pfeife und die rote Karte bei den übertragenen Kompetenzen, nicht bei neuen, bei den übertragenen Kompetenzen, damit wir dort eine europäische Regierung haben, die auch das Recht umsetzen kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zwei Punkte zur Weiterentwicklung: Ich glaube, dass Europa insgesamt auf einem guten Weg ist. Wir sind im Reformmodus. Und ich glaube darüber hinaus, dass das, was wir dort experimentieren, auch staatsrechtlich betrachtet, diese supranationale Ebene, über den Nationalstaat hinaus gedacht, als Arbeits- als Gestaltungsebene zu entwickeln, in einer Welt die sich globalisiert, richtig ist. Dass das wahrscheinlich in diesem Jahrhundert eine der zentralsten, innovativsten Ideen sein kann, die wir Europäer zurzeit, ja, ausprobieren. Mit Fehlern auch, die wir machen, aber ein Stück weit ausprobieren. Wenn Sie sich heute die Probleme in Lateinamerika anschauen, wenn Sie sich heute die Probleme in Asien anschauen, dann wird auch dort die Frage sein, ob die Nationalstaaten die Antworten geben können, oder ob wir nicht neue Methoden brauchen, Staatlichkeit zu entwickeln, supranationale Entscheidungsstrukturen zu entwickeln. Ich glaube, dass wir als Europäer da derzeit das Experimentierlabor sind. Mit Rückschlägen, wie gesagt, aber eigentlich daran, eine Idee für das nächste Jahrhundert entwickeln. Insofern haben Sie hoffentlich den überzeugten Europäer herausgehört, der Ihnen die Ideen für die Weiterentwicklung, auch der demokratischen Facette Europas, heute vorstellen wollte.

Ich bedanke mich bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.